

Top 26

Stadtentwicklungsbericht der Bundesregierung 2008

Rede zu Protokoll von Peter Hettlich MdB (Bündnis 90/Die Grünen)

Sehr geehrte Frau Präsidentin/sehr geehrter Herr Präsident,

liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

ich bedauere es außerordentlich, dass der Stadtentwicklungsbericht 2008, wie so viele andere wichtige Themen aus dem Bau- und Stadtentwicklungsbereich, nicht mehr im Plenum diskutiert wird, sondern nur noch zu Protokoll gegeben werden kann. Es ist in diesem Zusammenhang besonders misslich, dass der Bericht zu so einem späten Zeitpunkt in der Legislaturperiode fertig gestellt wurde, denn somit wird wohl keine Wirkung mehr entfalten können.

Denn der Stadtentwicklungsbericht ist von einiger Brisanz. Er weist darauf hin, dass der demografische Wandel sich weiter verstärken wird.

Die Bevölkerung wird nicht nur älter (und weniger), besonders der Prozess der Schrumpfung schreitet weiter voran. Hier muss die Politik Lösungen entwickeln und diese nicht nur für den Osten des Landes, denn die peripheren Regionen in den Alten Bundesländern werden zunehmend von diesem Prozess erfasst.

Zwar wurden mit den Programmen Stadtumbau Ost und West Instrumente geschaffen, die bestimmte Schrumpfungsprobleme z.B. Leerstand durch den Abriss von überschüssigen Wohnungen auffangen sollten. Aber dies wird zukünftig nicht mehr ausreichen. Vielmehr benötigen wir Lösungen, die mehrere Politikfelder miteinander verbinden. In Anhörungen und Zwischenberichten zum Programm Stadtumbau Ost wurde dies immer wieder angesprochen. Insbesondere der Aufwertung von Stadtquartieren und der Weiterentwicklung von Stadtentwicklungsplänen muss mehr Gewicht verschaffen werden. Der demografische Wandel hat schließlich erst begonnen. Nun gilt es, kreative Ideen und Lösungen zu finden und diese auch in die Tat umzusetzen. Wir haben daher einer Verlängerung des erfolgreichen, weil

auch lernenden Programms Stadtumbau Ost bis 2016 ausdrücklich zugestimmt.

Ein großer Erfolg nach zehn Jahren Programmlaufzeit ist das Programm Soziale Stadt. Hier ist die ressortübergreifende Zusammenarbeit in weiten Teilen gelungen. Das mussten auch die CDU/CSU und FDP eingestehen, obwohl sie in der letzten Legislaturperiode kein gutes Haar an dem Programm gelassen hatten. Aber die Probleme werden sich auch zukünftig nicht von selbst erledigen, vielmehr werden sich vermehrt sozial benachteiligte Quartiere entwickeln. Deshalb ist das Fortbestehen und Weiterentwickeln des Programms Sozialen Stadt außerordentlich wichtig.

Die Themen Klimaschutz und Energieeffizienz werden im Stadtentwicklungsbericht ebenfalls aufgegriffen und die bisherigen Energie- und CO₂-Einsparungen lobend hervorgehoben. Die Steigerung der Sanierungsquote von 1,6 auf 2,2% erscheint zwar hoch, aber sie reicht bei weitem nicht aus, um die von der Bundesregierung gesteckten

Reduktionsziele bis 2020 zu erreichen, zumal daran der Anteil der energetischen Gebäudesanierung mit ca. 50 % viel zu gering ist. Rein rechnerisch müsste aber deren Quote auf mindestens 3% pro Jahr gesteigert werden. D.h. wir müssen die Anstrengungen verdreifachen!

Hier fehlen weitergehende Vorschläge der Bundesregierung. Mit den bestehenden Programmen ist zwar einiges erreicht worden, aber die Bemühungen reichen zur Steigerung der Energieeffizienz und Reduktion der CO₂-Emissionen nicht aus. Anreize sind das eine, aber es kommt aber auch auf die ordnungsgemäße Umsetzung und deren Überprüfung an. Zudem hilft eine Änderung der EnEV quasi im Jahrestakt wenig, da dadurch Hausbesitzer und Häuslebauer eher verwirrt werden. Wir sehen einen Primärenergieverbrauch von 60 kWh/qm und Jahr als ein realistisches Ziel an, das in großer Breite erst einmal umgesetzt werden sollte, bevor man die Akteure mit immer neuen Anforderungen verunsichert. Darauf sollte man die Anstrengungen der nächsten Jahre konzentrieren.

Mit der Kompromisslösung 2006 bei der Einführung des Verbrauchs- und Bedarfsausweises entstand für die Verbraucher ebenfalls nur Verwirrung. Der Energieausweis hätte ein Instrument werden können, um die Hausbesitzer oder Mieter transparent und nachvollziehbar über den Energieverbrauch zu informieren. Zwischen zwei unterschiedlichen Ausweisen kann es aber keinen Vergleich geben, die Informationen sind dann relativ nutzlos. Deshalb setzen wir uns auch weiterhin für den Bedarfsausweis als alleinigem Standard ein.

Wenn es die Städte schaffen, das städtische Klima durch Klimaschutzmaßnahmen zu verbessern, dann können sie auch in Zukunft noch beliebte Wohnorte sein. Bund, Länder, Kommunen, Eigentümer und Mieter sind aufgefordert, ihre Kräfte zu sammeln, um den Energieverbrauch zu drosseln und den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Die Energieversorgung wird auf kurz oder lang – trotz aller Widerstände - auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Hier sind z.B. auch die Städte gefordert, den Einsatz von Solaranlagen mit dem

Hinweis auf Gestaltungssatzungen nicht zu verbieten. Das ist leider oftmals traurige Realität.

Die Reduzierung des Flächenverbrauchs ist ebenfalls ein Thema, welches zwar gerne angesprochen wird, ohne konkrete Maßnahmen aber nie in die Tat umgesetzt werden kann. Die tägliche Flächeninanspruchnahme ist mit rd. 120 ha pro Tag genauso hoch wie noch vor 10 Jahren. Und obwohl an dem Nachhaltigkeitsziel von 30 ha pro Tag unverändert festgehalten wird, verbleiben unverändert die Zuständigkeiten bei den Ländern und Kommunen. Strategien zur Reduzierung seitens der Bundesregierung: Fehlanzeige! Schade, denn die negativen Auswirkungen der Landschaftszersiedelungen sind allen bekannt. Die Länder und Kommunen haben hier viel zu wenig gemacht, gerade den Kommunen sei deren z.T. mangelhafte Kooperationsbereitschaft und die Notwendigkeit zum interkommunalen Dialog ins Stammbuch geschrieben.

Zuguterletzt kommt mein Lieblingsthema dran: Stadt und Verkehr. Das Thema wird zwar kurz erwähnt, aber Ergebnisse oder Lösungsansätze gibt es auch hier nicht zu verzeichnen. Es ist wirklich ein Armutszeugnis des Ministeriums, dass es seit der Zusammenlegung der beiden Ministerien für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und des Verkehrsministeriums im Jahr 1998 keine themenübergreifenden Projekte oder Problemlösungen erarbeitet hat.

Dabei ist eines der Hauptprobleme unserer Städte der weiterhin zunehmende Verkehr und die daraus entstehenden Belastungen. Hier müssen endlich Modellprojekte durchgeführt und dann auch in die Tat umgesetzt werden. Dieses Thema gehört jedenfalls ganz oben auf die Prioritätenliste der 17. Legislaturperiode.

Abschließend ist festzuhalten, dass der Stadtentwicklungsbericht durchaus eine gute Übersicht über die aktuellen Entwicklungen in der Stadtentwicklung aufzeigt, da ist er eine richtige Fleißarbeit. Leider sind dafür die Programme und geplanten Maßnahmen der Bundesregierung

unzureichend. Auch sollte der Bericht künftig zu einem früheren Zeitpunkt innerhalb einer Legislaturperiode vorgelegt werden, damit es möglich wird, noch während einer Legislaturperiode bestehende Programme zu ändern oder anzupassen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit